



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 24. Juni 2019  
Kantonsratspräsident Josef Wyss

### **M 52 Motion Özvegyi András und Mit. über den Bericht zur kantonalen Energie-, Luftreinhalte- und Klimapolitik mit dem Ziel der klimaneutralen Gesellschaft bis 2050 (netto null CO<sub>2</sub>-Emissionen) / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement**

Die Motion M 52 und das Postulat P 49 von Jonas Heeb über netto null CO<sub>2</sub>-Emissionen werden als Paket behandelt.

Folgende Anträge liegen zur Motion M 52 vor: Der Regierungsrat beantragt teilweise Erheblicherklärung. Willi Knecht beantragt Ablehnung.

Folgende Anträge liegen zum Postulat P 49 vor: Der Regierungsrat beantragt Ablehnung. Jonas Heeb hält an seinem Postulat fest.

Willi Knecht: Die SVP-Fraktion lehnt sowohl die Motion M 52 als auch das Postulat P 49 ab. Bereits beim Eintreten haben wir erwähnt, dass für die SVP Berichte einen Mehrwert bringen und unnötige Doppelspurigkeiten und Leerläufe verhindert werden müssen. Berichte, deren Ziel zum Voraus zu extrem, zu starr und zu wirtschaftsfeindlich ist, sind nicht zielführend und binden unnötig Ressourcen. Das Postulat P 49 verlangt bis 2030 netto null CO<sub>2</sub>-Emissionen. Aus Sicht der SVP schiesst diese Forderung deutlich über das Ziel hinaus und ist nur umsetzbar mit massiven Abstrichen bei der Wirtschaft und der Sozialverträglichkeit. Das wollen wir nicht

András Özvegyi: Die Stellungnahme des Regierungsrates zu meiner Motion ist schlüssig, informativ und positiv. Leider beantragt er aber nur die teilweise Erheblicherklärung. Wir haben die Motion M 52 eingereicht, um für alle in diesem Kanton verständliche Verbindlichkeiten zu schaffen und klare Leitplanken zu setzen. Es ist Zeit, beim Klimaschutz Klartext zu sprechen; dazu braucht es ein konkretes Ziel wie netto null CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2050. Wir verstehen nicht, warum der Regierungsrat lieber auf den Bund wartet, statt selber Eigenverantwortung zu übernehmen. Es kann nichts schiefgehen, denn einmal festgelegt, kann das Reduktionsziel bei Bedarf wieder angepasst werden. So schreibt es die Regierung ja auch in ihrer Stellungnahme. Für uns ist es wichtig, dass wir heute ein besseres Reduktionsziel festlegen. Ein Ziel muss messbar und überprüfbar sein und ist die Basis jeden Handelns. Wie der Regierungsrat selber schreibt, verhilft ein Ziel zu Planungssicherheit und wirtschaftlichen Impulsen. Nun ist es aber an der Zeit zu handeln, ansonsten besteht die Gefahr, dass wieder wertvolle Zeit verloren geht. Die Motion M 52 entspricht der Sicht des Weltklimarates und ist für den Kanton Luzern realistisch. Netto null CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2050 zu erreichen, ist zwar schwierig, aber machbar. Aus verschiedenen Gründen lehnt der Regierungsrat das Postulat P 49 ab. Wir verstehen die Gründe für die Ablehnung. Bei einem Postulat handelt es sich aber um einen Prüfauftrag. Wir würden gerne wissen, was es braucht, um bis 2030 das Ziel netto null CO<sub>2</sub>-Emissionen zu erreichen. Daher stimmen wir dem Postulat P 49 zu.

Jonas Heeb: Ich halte mein Votum im Namen der Klimastreik-Bewegung. Nachdem auf

der ganzen Welt Millionen von Menschen an Kundgebungen gegen die Klimakrise teilgenommen haben, wurde in den letzten Wochen und Monaten viel über das globale Klima diskutiert. Wir jungen Menschen sorgen uns um unsere Zukunft. Auf viele Fragen finden wir keine Antwort. Schon in den 70er-Jahren wurde erstmals bekannt, dass unser Lebensstil der Erde langfristig Schaden zufügen wird. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler hatten schon damals griffige Ideen, um dieses Problem zu lösen. In den darauffolgenden Jahren wurde immer mehr konsumiert, und der CO<sub>2</sub>-Ausstoss ist enorm gewachsen. Das hat uns in Bedrängnis gebracht. Die Fehler von anderen Generationen können nicht mehr rückgängig gemacht werden, aber wir haben eine letzte Chance dazu. Die renommiertesten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Welt sagen, dass es noch nicht zu spät ist, aber die Zeit wird immer knapper. Wenn wir die Ziele des Pariser Klimaabkommens einhalten wollen, müssen wir bis 2030 das Ziel von netto null CO<sub>2</sub>-Emissionen erreichen. Andernfalls sind die Auswirkungen auf unsere Umwelt enorm. Die verheerenden Folgen sind bekannt. Wenn Sie wirklich nach Ihren Parteiprogrammen politisieren, sollten alle in diesem Rat für die beiden Vorstösse stimmen. Die CVP-Fraktion macht sich für eine zukunftsorientierte Familienpolitik stark. Wenn Ihre Kinder eine Zukunft wollen, sind Sie die letzte Generation, die die entsprechenden Weichen stellen kann. Auch die Kirche unterstützt uns in dem Anliegen, Gottes Schöpfung zu bewahren. Die GLP-Fraktion hat die Motion M 52 eingereicht. Wir hoffen, dass die GLP auch in Zukunft weiterhin auf dieser Linie politisiert und nicht einfach mit einem möglichen positiven Ergebnis der Motion zufrieden ist. Die FDP will weder das Wirtschaftswachstum noch die Freiheit einschränken. Was denn sonst, wenn nicht der Klimawandel, wird die grösste Einschränkung sein? Die Natur passt sich dem Klimawandel an, der Mensch mit seinen Gewohnheiten allerdings nicht. Wir können unser Weiterleben sichern, indem wir handeln und in nachhaltige Sektoren statt in ein schädliches und grenzenloses Wachstum investieren. Wenn wir wie bisher weitermachen, wird unsere Freiheit bald eingeschränkt. Zudem sei erwähnt, dass die FDP Schweiz in ihrem Klimapapier festgehalten hat, bis 2050 netto null CO<sub>2</sub>-Emissionen zu erreichen. Die SP-Fraktion verleiht dem Umwelt- und Klimaschutz in ihrem Parteiprogramm ein starkes Gewicht. Wir sind sicher, dass sie die beiden Vorstösse unterstützt. Die SVP-Fraktion spricht in ihrem relativ neuen Parteiprogramm davon, Erkenntnisse aus der Wissenschaft im Bereich der Umweltpolitik praxisnah umzusetzen. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des IPCC kommunizieren klar, dass die Senkung der Treibhausgasemissionen dringend notwendig ist. Deshalb sollte auch die SVP die beiden Vorstösse unterstützen. Darüber hinaus ist Umweltschutz auch Heimatschutz. Die Schweiz verzeichnet bei der Biodiversität einen grossen Verlust, europaweit ist die Schweiz sogar Spitzenreiterin. Das sollte auch die SVP beunruhigen. Die Fraktion der Grünen und Jungen Grünen hat sich dem Klimaschutz verschrieben. Der Weg in eine grüne Zukunft ist noch weit. Gewisse Personen denken, dass wir uns in der Schweiz auf den Lorbeeren ausruhen können, schliesslich haben wir unter anderem beschlossen, unsere Atomkraftwerke bis 2050 abzuschalten und auf erneuerbare Energien umzusteigen. Trotzdem bräuchten wir drei Erden, wenn alle Menschen so wie wir in der Schweiz leben würden. Im Namen der Klimastreik-Bewegung bitte ich Sie, beide Vorstösse erheblich zu erklären.

Ludwig Peyer: Die CVP-Fraktion ist für die teilweise Erheblicherklärung der Motion M 52. Wie aus der Stellungnahme des Regierungsrates schlüssig hervorgeht, braucht es bis 2030 eine Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen. Es ist aber offen, ob wir bis 2050 auf netto null CO<sub>2</sub>-Emissionen kommen müssen. Was auch immer der Bund beschliesst, wir sind ohnehin gewaltig gefordert. Unserer Meinung nach wäre es staatspolitisch falsch, in einem Bericht etwas festzuhalten, worüber der Bund noch nicht befunden hat. Das Postulat P 49 lehnen wir ab, denn wir sollten uns nicht selber überholen. Das Ziel, 2050 netto null CO<sub>2</sub>-Emissionen zu erreichen, ist nirgends festgeschrieben. Der Bund muss zuerst ein CO<sub>2</sub>-Gesetz beschliessen, damit bis 2030 eine Reduktion auf 50 Prozent erfolgen kann. Alles andere ist weder politisch diskutiert noch beschlossen. Der Kanton Luzern soll keine unüberlegten Alleingänge machen.

Rolf Born: Die FDP orientiert sich in allen Bereichen der Umweltpolitik an den

Grundsätzen der Eigenverantwortung, der Innovation und der Kostenwahrheit. Die FDP wird auf allen föderalen Ebenen diese Grundsätze in Taten umsetzen. Dabei gilt es zu beachten, dass nur eine funktionierende und starke Wirtschaft Wohlstand ermöglichen kann und nur so wirksame Massnahmen im Bereich Umwelt und Klima realisierbar sind. Forschung und Innovation sind die Grundlagen, dass die notwendigen Klimaziele auch erreicht werden können. Es braucht innovative und zukunftsorientierte Problemlösungsansätze. Pauschale Verbote hingegen bedeuten Stillstand und gehören nicht in eine freiheitliche Welt. Als verantwortungsbewusste Partei wollen wir dazu beitragen, dass in allen Bereichen die CO<sub>2</sub>-Emissionen markant reduziert werden. Die Delegierten der FDP haben sich am vergangenen Wochenende dafür ausgesprochen, dass die Schweiz ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoss bereits per 2050 auf de facto null reduzieren soll und nicht erst irgendwann in der zweiten Jahrhunderthälfte. Sie steht hinter einer CO<sub>2</sub>-Lenkungsabgabe und hinter Restriktionen im Kampf gegen Trinkwasserverschmutzung und exzessiven Pestizideinsatz. Die FDP-Mitglieder wollen keine neuen Kernkraftwerke und keine alten Elektroheizungen. Sie setzen weiterhin auf Eigenverantwortung, halten aber auch Lenkungsabgaben für legitim. Deshalb können wir die Forderung für einen Bericht gemäss Motion M 52 unterstützen. Die Forderungen des Postulats P 49 sind aus unserer Sicht unrealistisch und nicht umsetzbar. Deshalb lehnen wir das Postulat P 49 ab.

Melanie Setz Isenegger: Uns hier im Saal scheint es inzwischen klar zu sein, dass wir ein Problem mit dem Klima haben. Noch immer scheint sich diese Tatsache aber nicht überall gleich durchgesetzt zu haben; erst vergangene Woche war ich bei einem Gespräch dabei, bei dem eine Person meinte, sie merke noch nicht so viel, die Eisheiligen seien ja zuverlässig wie jedes Jahr gekommen. Nein, dass der Klimawandel eine Tatsache ist, darüber müssen wir heute nicht mehr diskutieren, wohl aber darüber, was wir richtig machen können und bis wann wir den CO<sub>2</sub>-Ausstoss in den Griff bekommen wollen. Die SP-Fraktion begrüsst den angekündigten Bericht der Regierung über die Klima- und Energiepolitik sowie die fünfjährige Berichterstattung über die Zielerreichung. Unserer Einschätzung nach ist es aber unabdingbar, bei der dringlichen Thematik hohe Ziele zu setzen. Im Kanton Luzern wollen wir alles daransetzen, netto null CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2030 zu erreichen, wir wollen dies auch nicht anpassen. Wir brauchen nicht mehr darüber zu reden, sondern Taten müssen folgen. Es gibt bereits unzählige Berichte und Vorschläge, insbesondere auf Bundesebene; Papier – ob digital oder nicht – ist bekanntlich geduldig. Es liegt auf der Hand, und der Grossteil hier stimmt mir für einmal wohl zu, dass, wenn wir eine Veränderung wollen, wir bei uns hier in Luzern beginnen müssen und wir unser Konsumverhalten in jeglicher Hinsicht hinterfragen müssen. Die Gemeinden, die Kantone und der Bund kommen nicht darum herum, zu lenken und zu steuern, Anreize zu schaffen und Fakten aufzuzeigen, auszubilden sowie Druck zu machen. Wir müssen mit positivem Beispiel vorangehen in der Verwaltung, in den kantonseigenen Betrieben, an den Schulen usw. Insbesondere die Menschen und Bevölkerungsgruppen, die sich umweltverträgliches Verhalten nicht leisten und ihre Eigenverantwortung nur beschränkt wahrnehmen können, müssen nicht nur ideell, sondern auch monetär unterstützt werden. Wir wollen in zehn Jahren netto null CO<sub>2</sub>-Emissionen anstreben, doch das wird bestimmt auch unbequem, mühsam und ist nicht gratis. Doch gemütlich und billig sind grosse Veränderungen ja nie. Der Wandel ist aber auch eine Chance, gerade für die Schweiz und die Wirtschaft. Neue Technologien, Forschung und Innovation sind hier die Stichworte. Zudem arbeiten zukunftsorientierte Unternehmen nicht erst ab morgen klimaverträglich, sondern schon seit gestern. Diese brauchen keine Planungssicherheit, sondern setzen ihre Pläne für einen geringeren CO<sub>2</sub>-Ausstoss bereits um, weil sie wissen, dass sich die Investitionen in klimaschonende Technologien auszahlen, und sie tragen deshalb Sorge. Auch wenn das nicht alle hier unterschreiben würden: der grosse Luxus, den wir haben, ist doch der, dass wir gesamthaft gesehen die Mittel zur Verfügung haben, wir müssen nur gewillt sein, diese richtig einzusetzen. Wenn wir unseren vielgelobten Wohlstand behalten wollen, müssen wir jetzt handeln, uns ambitionöse Ziele setzen, uns aus der Wohlfühlzone lösen und die richtigen Instrumente in die Hand nehmen. Die SP-Fraktion ist für die Erheblicherklärung beider Vorstösse.

Hasan Candan: Die Traktandenliste umfasst 14 Motionen. Mit der Erheblicherklärung dieser 14 Motionen können wir heute dazu beitragen, den CO<sub>2</sub>-Ausstoss zu reduzieren. Wenn wir nur Berichte erstellen und Postulate erheblich erklären, verlieren wir zwei Jahre an wertvoller Zeit. Es verwundert mich schon, dass die CVP mit dieser Tatsache gut leben kann. Wir müssen aber heute Verantwortung übernehmen und Klimagerechtigkeit schaffen, gerade im Hinblick auf die zukünftigen Generationen. Ich bitte Sie, beide Vorstösse erheblich zu erklären.

Ruedi Amrein: Gegenüber 1990 haben wir bis 2017 eine Reduktion von 12 Prozent erreicht. Bis 2020 ist eine Reduktion von 20 Prozent geplant. Möglicherweise werden wir dieses Ziel nicht erreichen. Nun sollen aber bis 2030 sogar die restlichen 80 Prozent reduziert werden. Die europäischen Minister haben sich vor ein paar Tagen getroffen, haben es dabei aber nicht fertiggebracht, ein griffiges Papier zu verabschieden. Was eine Reduktion auf netto null CO<sub>2</sub>-Emissionen für die Wirtschaft bedeutet, hat bis jetzt niemand konkret ausgeführt. Die Motivation ist das eine, aber die Umsetzung mit ihren Risiken das andere. Zudem muss auch die Bevölkerung die Massnahmen mittragen. Aus diesen Gründen kann die FDP das Postulat P 49 nicht unterstützen.

Andy Schneider: Für die Sondersession wurden 59 Vorstösse eingereicht: 9 Anfragen, 36 Postulate und 14 Motionen. Die SVP hat keinen Vorstoss eingereicht, die GLP 5, die CVP und die FDP je 8, die SP 12 und die Grünen 26. Was macht die Regierung? Sie lehnt 23 dieser Vorstösse ab, erklärt 10 erheblich und 17 teilweise erheblich. Nur eine Motion erklärt sie teilweise erheblich. Mit Motionen können wir etwas Grundlegendes verändern, das bleibt nun aber aus. Die Regierung schreibt in der Stellungnahme zum Postulat P 677, dass der Fokus auf konkreten Massnahmen und ihrer Umsetzung liegen solle. Auch unser Rat hat die Möglichkeit, konkrete Massnahmen zu fordern. Das tun wir heute, wir reichen Vorstösse ein, welche die Regierung aber ablehnt. Diese Woche steht die erste Hitzewelle an. Wir sitzen im kühlen Saal und bemerken nichts davon. Spätestens im Laufe der Woche werden wir aber mit der Realität konfrontiert. Wir sollten unsere Verantwortung wahrnehmen und konkrete Sofortmassnahmen unterstützen, vor allem auch als Zeichen gegenüber der Bevölkerung.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Robert Küng.

Robert Küng: Was die Motion M 52 angeht, sind wir uns eigentlich einig. Wir wollen transparente, nachvollziehbare und messbare Ziele. Wir haben ein Zwischenziel in Aussicht gestellt, nämlich eine CO<sub>2</sub>-Reduktion von 50 Prozent bis 2030. Wir sind uns ebenfalls darin einig, dass die Reduktion Richtung null gehen soll. Wie ich bereits darauf hingewiesen habe, besteht diesbezüglich eine Differenz zum Bund. Wir haben kein Problem damit, wenn der Bund diesen Herbst netto null CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2050 als Ziel setzt. In diesem Fall arbeiten wir in diese Richtung. Wir möchten aber als Kanton nicht vorpreschen, das ist auch für die Bevölkerung wichtig. Daher beantragen wir die teilweise Erheblicherklärung der Motion M 52. Bezüglich des Postulats P 49 erklären sowohl unsere Verwaltung als auch die Wissenschaft, dass das Ziel von netto null CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2030 zu hoch gegriffen ist. Daher lehnen wir das Postulat P 49 ab. Ich bitte Sie, dem Antrag der Regierung zu folgen.

In einer Eventualabstimmung zieht der Rat die Erheblicherklärung der teilweisen Erheblicherklärung mit 57 zu 55 Stimmen vor. In der definitiven Abstimmung erklärt der Rat die Motion mit 69 zu 42 Stimmen erheblich.